

Inserate kosten die adspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf., kleine Anzeigen* das fertige Blatt 40 Pf., jedes weitere Blatt 20 Pf. ...

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Telefon: Amt Norden 2693 und 2896

STREIFITZ

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Friedensbedingungen.

Uebersetzung des Friedensvertrages.

Die Uebersetzung der Friedensbedingungen im Trianonpalasthotel vollzog sich ohne Zwischenfall. Clemenceau erklärte, die Stunde zur Regelung der durch den gewaltsam ausgezwungenen Krieg entstandenen Abrechnung sei gekommen. Sie verlangten den Frieden, wir sind bereit, ihn zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält seine Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, die die internationale Höflichkeit gebietet, um sie zu prüfen, werden aber dafür sorgen, daß aus diesem zweiten Versailler Frieden kein weiterer Krieg folgt. ...

Nach der Beendigung der Erklärung stellte Clemenceau nochmals die Frage, ob weitere Bemerkungen gemacht würden, und schloß hierauf die Sitzung. Der deutsch-wichtigste Akt dauerte von 3 Uhr 5 Minuten bis 3 Uhr 50 Minuten.

Der Friedensvertrag.

Amsterdam, 7. Mai.

Der von Renner veröffentlichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält u. a. folgende Angaben: Deutschland tritt an Polen den größeren Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer ab. Die südliche und östliche Grenze gegenüber Polen wird durch Volksabstimmungen bestimmt. ...

Belgien erhält das strittige Gebiet von Moresnet und einen Teil von Preußisch-Moresnet. Deutschland verzichtet auch auf alle Rechte über Eupen und Malmedy, deren Einwohner das Recht haben sollen, binnen sechs Monaten gegen diese Aenderung im ganzen oder teilweise zu protestieren, worauf der Völkerverbund endgültig entscheidet. ...

In einer 50-Kilometerzone östlich des Rheins darf Deutschland keine Besatzungen oder Streitkräfte halten.

Das Saarbecken, auf das sich die bereits bekannte Regelung bezieht, rückt sich von der Grenze Lothringens nach Norden bis St. Wendel, südlich im Westen das Saargebiet bis Saarlouis, im Osten die Stadt Homburg ein.

Die Volksabstimmungen im Osten sollen stattfinden: 1. im Regierungsbezirk Olsch, ferner in einem Teil Westpreußens, bestehend aus den Kreisen Stuhm und Rosenberg, sowie aus Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder. ...

Von der holländischen Regierung wird die Auslieferung Kaiser Wilhelms verlangt.

Grundsätzlich soll Deutschland zur Vergütung aller Schäden, die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet sein, soll aber jedenfalls die Vergütung aller den Zivilpersonen zugefügten Schäden übernehmen. Die Gesamtsumme der Schadenersatzungen wird spätestens bis Mai 1921 festgesetzt. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll Deutschland 20 Milliarden Mark in Gold, in Waren, Schiffen und dergleichen bezahlen. ...

Bezüglich der Handelschiffe soll Deutschland die Verpflichtung übernehmen, für Tonne und Klasse für Klasse anzuerkennen und den Alliierten alle deutschen Handelschiffe von 1000 Tonne und darüber, die Hälfte seiner Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonne und ein Viertel seiner Fischdampfer und anderer Fischereifahrzeuge auszuliefern, sowie für Rechnung der Alliierten während der nächsten fünf Jahre jährlich Handelschiffe von 200 000 Tonne bauen.

Zur Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages sollen das deutsche Gebiet westlich des Rheins und die Brückenköpfe 15 Jahre lang besetzt bleiben. Bei getreuer Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebietsteile, darunter auch der Brückenkopf von Köln, nach fünf Jahren geräumt werden, andere Gebietsteile, darunter der Brückenkopf von Koblenz nach 10 Jahren, wieder andere, darunter der Brückenkopf von Mainz nach 15 Jahren. ...

Die vorstehenden allgemeinen Bedingungen geben nur eine annähernde Vorstellung von dem Charakter der von der Entente aufgestellten Forderungen. Sie legen Deutschland schwere finanzielle und wirtschaftliche Verpflichtungen auf; sie zwingen das deutsche Volk unter das Joch der Wiedergutmachung der Schäden, die die verbrochene Politik der kaiserlichen Regierung angerichtet hat; sie verlangen von Deutschland Sicherungen für die Einhaltung des Friedensvertrages, die seine wirtschaftliche Entwicklung stark zu hemmen drohen; sie verpflichten Deutschland zu Konzessionen an die Polen, die eine vollständige Neugestaltung der Verhältnisse in den Ostprovinzen zur Folge haben müssen. ...

Mit allen diesen Forderungen konnte das gekhazene Deutschland rechnen. Es konnte nicht erwarten, daß die Staatsmänner der Entente über die deutsche Schuld am Weltkrieg wie über die zahllosen Verbrechen der deutschen Kriegsführung aleichgültig hinwegsehen und dem nur äußerlich demokratisierten Deutschland jenes Maß von Vertrauen schenken würden, das unumgänglich wäre, um auf weitgehende Sicherungen gegen Deutschland zu verzichten. ...

Das alles war, wie gesagt, zu erwarten. Vom Standpunkt der imperialistischen Gewaltpolitik, wie sie beispielweise Deutschland in Preß-Ostowit betrieb, müssen die Friedensbedingungen der Entente sogar als recht mäßig bezeichnet werden. Etwas anderes jedoch ist es, wenn wir ihre Stichhaltigkeit unter dem Gesichtspunkte des künftigen Weltfriedens prüfen. Wenn in ihnen auch Ansätze vorhanden sind, um den Grundrissen der Selbstbestimmung der Völker und der Verrückung des Militarismus Gehör zu verschaffen, so stehen sie andererseits doch in einzelnen Teilen in ihrem Geistesgehalt zu den von Wilson aufgestellten 14 Punkten, die die Grundzüge für die Neuorganisation Europas abgeben sollten. ...

Nach der bayerischen Tragödie.

Mit tiefer Besorgnis und zunehmender Erschütterung haben wir das Münchener Trauerspiel bis zu seinem blutigen Ende verfolgt. Von Anfang an mußten wir diesen Ausgang befürchten und unsere Ohnmacht erkennen, an dem elementaren Gang der Ereignisse etwas zu ändern.

Die Anrufung der Münchener Räte-Republik vollzog sich unter einem unwiderstehlichen Drang der Arbeitermassen, die seit der Ermordung Eisners die revolutionären Errungenschaften verjährt haben und durch das Verdrückt von dem bevorstehenden Zusammentritt des Landtags in größte Aufregung versetzt waren. ...

Wenn aber auch die Münchener Beschlüsse aus der großen Erregung der Münchener Arbeiterkraft, die alle Parteiuunterschiede verdrängen ließ, begründet sind, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß objektiv das Vorgehen als verfehlt und in seinen Folgen als schädlich für die revolutionäre Sache bezeichnet werden muß.

Vorerst muß betont werden, daß jedes isolierte und vereinzelte Vorgehen eines Teils des Proletariats ausfichtslos ist und zur Niederlage führen muß. Wenn das deutsche Proletariat die Revolution retten will, muß es lernen, einheitlich und geschlossen zu handeln. ...

Sodann geben die Münchener Ereignisse auch alle Veranlassung darüber nachzudenken, welcher Weg zur Eroberung der politischen Macht führt. In Bayern war unter dem Druck der Massenregnung, die das Attentat auf Eisner ausgelöst hatte, eine sozialistische Regierung unter Beteiligung einer radikalen Bauernvertretung gebildet worden. ...

Die Erregung der Münchener Arbeiterkraft aber blieb bestehen; das Mistrauen wuchs, daß der Landtag mit seiner bürgerlichen Majorität der sozialistischen Fortführung der Revolution Hindernisse bereiten würde, und so fand die Forderung, alle Macht den Arbeiterräten, immer allgemeineres Gehör.

Man übersteht dabei nur allzu leicht, daß auch das Rätereigen nur eine Form der Vertretung bedeutet, die an den realen Machtverhältnissen, die das Entscheidende sind, nichts ändert. Unter den sozialen Verhältnissen Bayerns würden immer Arbeiter- und Bauerräte zur Bildung einer Regierung zusammenwirken müssen, die im wesentlichen nicht viel anders zusammengesetzt sein könnte, als es die Regierung Hoffmann war. ...

Die gewaltsame Verrückung dieser Regierung aber mußte die Hände hervorrufen auch ohne die üblichen Hilfsmittel. Die Bildung der ersten Rätereierung begleitete. Die Arbeiterkraft, die zum Teil für die demokratischen Formen eintritt, wurde gezwungen, die Bauernschaft witterte gleichfalls ab, und für das gesamte Vorgehen war die Gelegenheit gegeben, endlich das langjährige unheimliche Einvernehmen herbeizuführen und die Sülle des

Preussische Landesversammlung.

19. Sitzung, Mittwoch, den 7. Mai 1919.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige kleine Anfragen.

Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.):

Der Staatsregierung bekannt, daß der Eisenbahnmittler... die Eisenbahndirektionen angewiesen hat...

Ein Vertreter der Staatsbahnverwaltung... erwidert, daß die Reichsdienststellen...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Ist der Staatsregierung bekannt, daß der zweite Rätekongreß...

Staatsminister Dr. am Behm... erwidert, daß seitens der Staatsregierung...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) fragt an, ob der Rat des Schloßes...

Staatsminister Dr. am Behm... erwidert, daß der Rat des Schloßes...

Abg. Frau Arendse (U. Soz.)

bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Ministerialdirektor Reichner... erwidert, daß die Verordnungen...

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) fragt an, inwieweit die Verordnungen...

Ministerialdirektor Reichner... erwidert, daß die Verordnungen...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) fragt an, inwieweit die Verordnungen...

Das Haus teilt in die Fortsetzung der Beratung des Haushaltsplanes.

Abg. Schubert (Soz.): Die Betrachtung des Etats muß zu...

Der Herr Minister... erwidert, daß die Verordnungen...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) fragt an, inwieweit die Verordnungen...

Der Herr Minister... erwidert, daß die Verordnungen...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) fragt an, inwieweit die Verordnungen...

Der Herr Minister... erwidert, daß die Verordnungen...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) fragt an, inwieweit die Verordnungen...

Der Herr Minister... erwidert, daß die Verordnungen...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) fragt an, inwieweit die Verordnungen...

Der Herr Minister... erwidert, daß die Verordnungen...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) fragt an, inwieweit die Verordnungen...

Landwirtschaftsminister Traub weist den Vorwurf des Abg....

Ein Verfassungsantrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen...

Abg. Rosenfeld (U. Soz.):

Der Etat läßt erkennen, daß die Finanzen des Staates...

Interessant sind die Worte des ehemaligen Finanzministers...

unter dem Belagerungszustand.

Auch dagegen hat der Rechtssozialist nicht ein Einverständnis...

Das Volk leidet unendlich unter der Bedrückung...

Auf Grund des Belagerungszustandes hat Staatsminister...

Wir werden in unserem Kampfe gegen den Belagerungszustand...

Zustände in den Gefängnissen

Sie, wie sie Schöpflin bestätigt hat. Es ist wiederum bezeichnend...

Im engsten Zusammenhange mit dem Belagerungszustand...

Verbote der „Roten Fahne“ und der „Republik“.

Wir haben heute von der Regierung gehört, daß sie die Verbote...

Die Regierungstruppen sind bei uns heute allmächtig...

Die Regierungstruppen sollen Bürgerwehren angegliedert...

Der Herr Minister... erwidert, daß die Verordnungen...

Bei der Prüfung des Etats des Ministeriums des Innern...

habe ich noch den alten Posten gefunden, den Hänsch noch 1918...

politischen Geheimfonds von 300 000 Mark.

Ich bin begierig, was der Minister Hänsch heute zur Rechtfertigung...

Die Rechtspflege ist ebensoviele vom neuem Geist berührt...

Ungeheuer viel ist auf dem Gebiete der inneren Verwaltungsreform...

So das

Räteystem

angefaschelt worden ist und die Frage eine unehrliche Behauptung...

Das deutsche Volk steht vor einem historisch wichtigen Augenblick...

Völkerruhe, Völkerfreiheit, Völkergüte.

(Starker Beifall links.)

Abg. von Tannenberg (Wolke) führt Redewerke über...

Annahme wird die Weiterberatung auf Donnerstag 19 Uhr...

Schluß 6 1/2 Uhr.

Sitzung des Volksrates.

Der Ausschluß Nichters. — Die Ausschaltung der Arbeiterräte.

Der Volksrat hielt am 7. Mai eine Sitzung ab, in der...

1. Es mag sein, daß die gegenwärtige Zusammenfassung...

2. Die Behauptung, daß die Polizeiverwaltung ein Teil...

3. Neben den auseinandergehenden Grundfragen...

4. Die Behauptung, daß die Polizeiverwaltung ein Teil...

5. Neben den auseinandergehenden Grundfragen...

6. Die Behauptung, daß die Polizeiverwaltung ein Teil...

7. Neben den auseinandergehenden Grundfragen...

8. Die Behauptung, daß die Polizeiverwaltung ein Teil...

9. Neben den auseinandergehenden Grundfragen...

